

DRITTER PARLAMENTARISCHER ABEND IM HOLBORNSCHEN HAUS

H + G Göttingen e.V. hatte zum Gedankenaustausch geladen

Foto: Robin Kreide



Gedankenaustausch im Holbornschen Haus. Der H + G Göttingen e.V. hatte Vertreter aus Politik, Verwaltung eingeladen.

Bereits im dritten Jahr trafen sich Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verwaltung und dem Verein im April zum Gedankenaustausch. Themen gab es reichlich. So zeigt die aktuelle Wohnbaulandbedarfsprognose, dass es in Göttingen an bezahlbarem Wohnraum mangelt. Besonders kinderreiche Familien und Sozialleistungsemp-

fänger sind betroffen. Eine Nachverdichtung auf vorhandenen Bauflächen sei kaum zu vermeiden, sagte Stadtbaurat Dienberg, da die Ausweisung von Baugebieten außerhalb der Stadt auch zukünftig nur in begrenztem Rahmen vorgesehen sei. Die Runde war sich einig, dass die mit der Verdichtung einhergehende Errichtung von höheren und

grenznäheren Gebäuden zu Nachbarschaftskonflikten führen könne. In diesem Zusammenhang wurde die Frage aufgeworfen, wie weit die Stadt Göttingen durch den Einsatz von Planungsinstrumenten Entwicklungen vorgreifen sollte? Einige Ratsmitglieder sprachen sich für mehr Bebauungspläne aus, um eine „geordnete Entwicklung in den Stadtteilen“ zu garantieren. Stadtbaurat Dienberg betonte: „Wir brauchen keine flächendeckenden Bebauungspläne, wir sollten diese gezielt dort aufstellen, wo es sinnvoll ist. Unnötiger Verwaltungsaufwand und Kosten sollten vermieden werden.“ Eine sorgfältige Abwägung der Interessen sah der Vorsitzende des H + G Göttingen e.V., Dr. Dieter Hildebrandt, als Herausforderung: „Wir

sollten eine transparentere und auch frühere Bürgerbeteiligung wagen. Eine aktuelle Studie des Instituts für Demokratieforschung zu Bürgerprotesten in Deutschland zeigt, dass Politik vom Wissen und Engagement der Bürger partizipieren kann.“ Im Zusammenhang mit dem Thema Neubau von Wohnraum wies Dr. Hildebrandt auf die ab Mai neue geltende Energieeinsparverordnung hin. Zur Realisierung der Klimaschutzziele müssten Immobilieneigentümer erneut mit erheblichen Belastungen rechnen. „Bedauerlicherweise werden seitens der Bundesregierung keinerlei Investitionsanreize geschaffen. Die immer höher werdenden Kosten für die Erstellung von Gebäuden amortisieren sich nicht mehr,“ gab er zu bedenken. ■